

Das Engagement für die Familienpolitik geht weiter

Autor(en): **Meyer-Kaelin, Thérèse**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **110 (2013)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839681>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Engagement für die Familienpolitik geht weiter

In der Abstimmung vom 3. März 2013 wurde der Verfassungsartikel über einen Auftrag an den Bund, subsidiär und gemeinsam mit den Kantonen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beziehungsweise Ausbildung zu fördern, verworfen. Doch wir dürfen uns dadurch nicht entmutigen lassen. Der Ablehnung durch die Stände steht die Zustimmung von 54 Prozent der Stimmbevölkerung gegenüber, die sich sehr wohl für eine Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Familienpolitik ausgesprochen haben. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer anerkennt, dass ein Problem mit der geforderten Vereinbarkeit existiert. Sie wünscht sich Massnahmen, die jungen Familien den Alltag erleichtern.

Die Arbeit in der Familienpolitik muss deshalb beharrlich weitergeführt werden. Zu gross ist die finanzielle Belastung von Familien, und zu oft gleicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einem Hindernislauf. Kommt es zu weniger Familiengründungen, fördert dies ein demografisches Ungleichgewicht, und dies wiederum destabilisiert die Sozialversicherungen. Und werden der Wirtschaft berufliche Kompetenzen der Eltern vorenthalten, schadet dies dem Wirtschaftswachstum.

Wenn wir in der Familienpolitik erfolgreich sein wollen, müssen wir Prioritäten setzen und in kleinen Schritten vorwärts gehen. In den vergangenen zehn Jahren haben wir viel Erfreuliches erreicht: die Harmonisierung der Entschädigung beim Mutterschaftsurlaub und bei den Familienzulagen, Steuererleichterungen und den Abzug der Kinderbetreuungskosten, Ermässigungen für die Krankenkassenprämien, Förderprogramme für ausser-schulische und Krippen-Betreuungsplätze und die Vereinheitlichung der Stundenpläne. Diese Errungenschaften waren nicht leicht zu

erreichen und wohlgerneht, es gibt nach wie vor Lücken. Alle politischen Lager erklären die Unterstützung von Familien denn auch als unerlässlich. Wenn aber ein Entscheid für die Umsetzung einer Verbesserung ansteht, heisst es schnell, der Zeitpunkt sei ungünstig oder die Methode ungeeignet. Auch deshalb müssen wir unermüdlich weiterarbeiten, wenn unsere Anliegen vor dem Souverän bestehen sollen.

Die bessere Vereinbarung von Familie und Berufstätigkeit bleibt also ein prioritäres Ziel. Es müssen bessere Rahmenbedin-

gungen für die Einrichtung von zusätzlichen Betreuungsplätzen geschaffen werden, und die Unternehmen müssen motiviert werden, flexiblere Arbeitszeiten für Eltern einzurichten. Eine weitere Priorität in der Familienpolitik kommt dem Kampf gegen die Armut zu: Stossrichtungen hier sind beispielsweise die Steuerbefreiung des Existenzminimums und die Einführung eines Systems von Ergänzungsleistungen für Familien.

Thérèse Meyer-Kaelin

Präsidentin Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

